

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gravisbeilagen:

„Mittliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika“ und „Der Ostafrikanische Pflanzer.“

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Daresalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins und des

Wirtschaftlichen Vereins Lindi.

Daresalam
20. April 1910.

Erscheint
zweimal
wöchentlich.

Abonnementspreis

für Daresalam vierterliches 4 Mark, für die übrigen Teile von Deutsch-Ostafrika vierterliches einheitliches 2 Mark. Für Deutschland und sämtliche anderen deutschen Kolonien vierterliches 2 Mark. Alle sämtliche anderen Länder haben höchstens 11 sh. — Bestellungen auf die D. O. A. Zeitung werden sowohl von der Hauptredaktion in Daresalam (D. O. A.) wie von der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 übernehmen. 98/94 entgangenommen. — „Amtliche Anzeigen für Deutsch-Ostafrika“ separatausgegebene Abonnementpreise jährlich 1 Mark. 50 Heller = 6 Mrk. — „Der Ostafrikanische Pflanzer.“ Wöchentlich erscheinende Zeitchrift für tropische Agraristik und tropische Forstwirtschaft. Der Gewerbebezug ist bei 7 Mrk. 50 Heller = 10 Mrk. vorbereitet.

Postversandgebühren

aus, die folgende Postgebühren: Mindestens für ein einmaliges Paket 2 Rupie, oder 3 Mrk. Für Familienabgaben sowie darüber hinaus ist je eine entsprechende Prämie einzuhängen.

Die Annahme von Postsendungen und Abonnementen erfolgt sowohl durch die Hauptredaktion in Daresalam wie bei der Berliner Geschäftsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 übernehmen. 98/94 Abonnementen werden außerdem von sämtlichen Poststationen Deutschlands und Österreich-Ungarns angenommen. Postzeitungen Seite 84. Telegramm-Adresse: für Daresalam: Redaktion Daresalam. Telegr. Adress: für Berlin: Reichspostamt Berlin Alexanderstraße.

Jahr-
gung XII.

No. 31.

Was für einen Nutzen kann die Genossenschaftsbank uns Pflanzen bringen.

Die Unregung der Wirtschaftlichen Vereinigung von Daresalam und Hinterland, eine Genossenschaftsbank zu gründen, dürfte auch in Pflanzerkreisen großes Interesse erwecken; überdies wird auch auf eine große Unterstützung des Unternehmens von dieser Seite aus gerechnet. — Bevor ich auf den Nutzen eines derartigen Instituts näher eingehne, gebe ich nachstehend in einigen Zügen an, wie die Organisation gedacht und eventuell zu ermöglichen wäre.

Eine langjährige hypothekarische Belegung auf Plantagen, auch sonstiger Institute, wird die Bank von vorneherein ablehnen müssen, da ihr hierfür nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen werden; es handelt sich also nur um kurzfristige Ausleihungen an ihre Mitglieder. — Wenngleich von verschiedenen Seiten angezeigte wird, ob eine Bank auf Pflanzungen überhaupt Geld geben dürfe, so bin ich der Meinung, daß dieses sehr wohl zu ermöglichen ist. Zwar darf man nicht vergessen, daß eine Plantage, die nur ein Jahr vernachlässigt ist, ganz bedeutet im Werte sinkt; doch ferner Pflanzer, die zum Zwangsverkauf stehen, oft für einen billigen Preis weggeschlagen werden müssen, da keine kapitalistische Interessen zu finden sind. Es ist also immer ein Risiko des Geldgebers, und die Persönlichkeit des Geldnehmers spielt eine recht wichtige Rolle.

Es würde nun in Aussicht zu nehmen sein, im Norden, Mittel und Süden der Kolonie Sektionen zu bilden, deren Mitglieder zwei Vertrauensmänner zu wählen haben, die darüber Bericht zu erstatten hätten; ob ein Kreditantrag anzunehmen oder abzulehnen ist. Ein solcher Verlust würde die Sektion zu tragen haben, nicht aber die gesamten Mitglieder der Genossenschaft.

Also angenommen, eine Baumwollplantage stellt den Antrag auf Kreditgewährung, so würde die Bank darauf eingehen können, wenn die vorhandene Baumwolle mindestens zwölf Monate alt ist, in gutem Zustande und gereinigt ist. Der Pflanzer würde dann Geld benötigen, um das Land noch ein oder zweimal zu reinigen und später für das Pflücken der Ernte. Die Bank würde in diesem Falle nur erst die Kosten des Reinhalts vorschreiben, was die Vertrauensmänner abzutragen haben und später die Gelder für die Pflückung monatweise. Würde eine Fehlrente eintreten, so hat die Bank nur das Geld für die Reinhaltung bezahlt, und sollte der Pflanzer hierfür seine Deckung schaffen können, so würde sein Geschäftsanteil hasten sowie seine Plantage, also genug Sicherheit für den in Frage kommenden kleinen Betrag.

In dem Falle, daß eine Gummiplantage Geld benötigt, so würde die Bank auch hierauf ratenweise Kapital geben, wenn die Plantage im guten Zustande und die Bäume vor dem zufälligen Alter sind, ferner so groß ist, daß die Pflanzung ihrem Besitzer außer der Ernährung einen Nutzen abwerfen kann.

Auch hier kann das Institut nur für Reinhaltung und Zapfung Geld geben, nicht aber für Neuerodung.

Technisch wie mit Baumwolle und Gummi würde auch mit anderen Kulturen zu verfahren sein. Sollte der Pflanzer von dritter Seite Geldzuschuß erwarten und nur in einer vorübergehenden Kreditbenötigung sich befinden, so dürfte die Bank Geld gegen einen Wechsel geben, wobei die Plantage als Sicherheit dient.

Wenn nun die Bank auf bevorstehende Ernten Vorschüsse leisten soll, so wird es unbedingt erforderlich sein, daß sie über den Verbleib der Ernten eine Kontrolle ausübt, und es liegt sehr nahe, daß dieselbe eine Warens-Berlaufsabteilung einrichtet, deren Organisation in kurzer Zügen folgende wäre:

Der Pflanzer liefert seine Produkte in exportfähigen Zustände an die Hafenstadt, und die Bank verlädt die Ware weiter an ihre Kommissionäre in Europa, woselbst diese bestmöglichst zu Marktpreisen verkauft wird. Die Kommissionäre haben

den erzielten Preis nach Abzug von 2½ Prozent Provision voll an die Bank einzuzahlen und diese den erhaltenen Betrag dem Pflanzer nach Abzug seiner Vergütung gutzubringen. Die Bank könnte im Stande sein, wenn die Ware verladen ist, 80 Prozent des hier abzuschätzenden Wertes dem Besitzer aufzuschreiben. Diese 80 Prozent müssen die Kommissionäre vorher bezahlen, bevor sie die Schiffspapiere in die Hand bekommen.

Diese Einrichtung wäre ein großer Segen für uns Pflanzer, wir würden sofort Klasse bekommen, wenn unsere Produkte verladen sind, und mit würden den Preis erzielen, den dieselben in Wirklichkeit werten. —

In diesem Jahre ist mancher Wallen Baumwolle zu geringen Preisen an den Zwischenhändler übergegangen, der dann den Profit der hohen Marktpreise eingehemmt, und wie manche 100 Pfund Gummia wandern wohl zu dem Under.

Er wird auch die Bank an ihre hierfür in Frage kommenden Mitglieder durch Circular bekannt geben, in welchem Zustände der Gummia in Deutschland gewünscht und am höchsten bewertet wird, sodass auch nach dieser Richtung hin Vorteilhaftes zu erwarten ist.

Wie in Südwest-Afrika, wird auch in unserer Kolonie eine Genossenschaftsbank der Landwirtschaft sehr viel Segen stiften und manche Hilfe bieten können. Kommt nun die Frage der Gründung heran, dann sollten alle Pflanzer, ob groß oder klein, ihre Beteiligung zusagen, denn durch gemeinschaftliches Zusammenwirken können wir unsere Unternehmungen und unsere Existenz verbessern. B.

Die Art, wie der Schreiber dieser Zeilen sich den Geschäftsbetrieb bei Beleihungen denkt, wird den Verhältnissen durchaus entsprechen und wahrscheinlich auch Berücksichtigung finden. Wie wir von berufener Seite hören, wird sich der Landesverband in seiner nächsten Versammlung mit der Bankfrage beschäftigen. Die Besprechung im Landesverband kann aber nur den Zweck haben, einen größeren Kreis von Personen mit den Prinzipien der Bank bekannt zu machen und Stimmung zu machen, sowie Aufklärung zu bringen. Eine Beschlussfassung kann der Landesverband nicht herbeiführen, da die Bankgründung keine Vereinsfrage ist. Die Gründer der Bank werden die Gründung selbstständig vorzunehmen haben.

Eine denkwürdige Bezirksratsbildung.

Gestern fand auf dem Bezirksammt eine Sitzung des Bezirksrats statt, an der außer dem Bezirksamtmann als Vorsitzenden die Herren Provinzial Riedel, Vorsteher, Fröhling und Schulz als Bezirksratsmitglieder und Reg.-Rat Methner sowie kommissarischer Finanzreferent Volkmar als Vertreter des Gouvernements teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand:

- 1) Entwurf der Städteordnung.
- 2) Nachmalige Beratung des Haushaltungsplans der Stadtgemeinde für 1910.

Die beiden Themen, die zur Beratung standen, waren überaus interessant, besonders nachdem man aus dem Artikel „Die neue Städteordnung“ in Nr. 28 des Reichenberg-Blattes erfahren hatte, welches Gesicht dieselbe haben sollte.

Bekanntlich soll die gesamte Gemeindeverwaltung in der Hand eines städtischen Rates liegen, der aus dem Vorsteher des Bezirksamts und fünf Mitgliedern besteht. Von den fünf Mitgliedern sollten zwei vom Gouverneur ernannt werden, drei aus der Bürgerschaft gewählt sein, sodass also, da die Summe des Bezirksamtmannes in Zweifelsfällen den Ausschlag gibt, die gewählten Mitglieder des Stadtrates stets überstimmt werden müssen; denn der Bezirksamtmann als vom Gouverneur schlechthin abhängiger Beamter darf niemals gegen den Vorgesetzten stimmen, wenn dies Gouverneurs Intentionen mit denen der gewählten Vertreter kollidieren. Hier hat man nun zunächst angegriffen und hat die Zahl der Bezirksratsmitglieder auf vier herabgesetzt dargestellt, daß einer vom Gouverneur ernannt und drei von der Bürgerschaft gewählt werden.

Sind sich also die drei Vertreter der Bürgerschaft einig, so haben sie gegenüber den beamteten Mitgliedern, d. h. gegenüber Bezirksamtmann und dem vom Gouverneur ernannten Herrn stets die Majorität. Wird diese Aenderung genehmigt, so wäre damit schon unendlich viel erreicht; es ist dies aber bei der Autokratennatur v. Reichenbergs kaum zu erwarten.

Vor einigen Wochen hatte ebenfalls eine Bezirksratsbildung stattgefunden, in der der Stadtrat 1910 beraten worden war, und zur Balancierung derselben vor Herrn Schulz unter Ablehnung jeder anderen Steuer eine Einkommenssteuer von 1½ Prozent vorgeschlagen und angenommen worden, d. h. eine Steuer, die nicht bloß bei Privatmann, den Kaufmann, den Gewerbetreibenden usw. betrifft, sondern zu der auch der Beamte mit herangezogen wurde.

Diese Steuer ist vom stellvertretenden Gouverneur für dieses Jahr nicht genehmigt worden, weil die Einführung der Städteordnung und die Städteklärung noch nicht erfolgt sei!!! Damit war also die ganze Staatsaufstellung hinfällig geworden und es musste gestern von neuem der Stadtrat beraten werden. Aus diesen Beratungen sei folgendes mitgeteilt:

Es ist der Stadtrat alles genommen worden, was sie früher an Einnahmen besessen hat, alles, alles!! Dafür hat sie, da sie etwas zum Aufhang haben müssen, 12 000 Rupie vom Gouvernement bekommen, Tanga 21 000 Rupie. Auf die erstaunte Frage der Bezirksratsmitglieder, woher denn dieser Unterschied kommt und wer denn berichtet habe, daß Daresalam, die Hauptstadt der Kolonie, soviel weniger braucht, als Tanga, schwiegen sich die beiden Gouvernementsvertreter aus; man wollte nicht wissen, wer diesen Unstum im Haus I. wieder fabriziert hatte!

Nun galt es also, mit Hilfe dieser Summe und neuen Steuer den Stadtrat zu balancieren. Es ist selbstverständlich, daß alle Titel herabgesetzt und aufs äußerste beschränkt werden mussten. Man einte sich schließlich auf folgendes: zur Haus- und Güntesteuer wird ein Zuschlag von 25 Prozent erhoben. Weiter wird ein Zuschlag von 20 Prozent erhoben für die Kosten der elektrischen Beleuchtung. Es ist diese Form gewählt worden, um das Gouvernement, das keine Hausteuer zahlt, so wenigstens in einem Punkte zu Gunsten der Stadt mit heranzuziehen. Auch die Kosten für Müllabfuhr sind, wenn wir recht unterrichtet sind, um 50% erhöht worden. Weiterhin sind so einige kleinere Steuern, die man der Stadt gnädigst zugewiesen hat, die aber nichts einbringen, erhöht worden: als da sind Fahrer- und Markthallengebühren, Gomasteuern. —

Infolge der geringen Einnahmen ist z. B. das Kapitel Wegebau mit 6000 Rup. dotiert worden, d. h. auf gut Deutsch: es können in dem laufenden Jahre kaum die notwendigen Reparaturen an den Straßen vorgenommen werden, obgleich manche stark reparaturbedürftig sind; ebenso ist der Titel Kanalisation und manches andere herabgesetzt worden, sodass es vielleicht nur möglich sein wird, die allernotwendigsten Reparaturen durchzuführen.

Von den Vertretern der Regierung wurde immer betont, als die Bezirksräte auf das Traurige dieses Zustandes aufmerksam machen, es sei das Ganze ja nur ein Provisorium für 1910, im nächsten Jahre könne man ja dann Steuern befreistehen!!

Was, so müssen wir dieser traurigen Finanzlage gegenüber, an der allein der Gouverneur v. Reichenberg schuld trägt, fragen, wie soll die Stadt notwendigen Aufgaben gerecht werden, die gebieterisch an sie herantreten? Besonders der Bau einer Schule für unsere Europäerkinder sollte ernstlich in Erwägung gezogen werden, doch — wovon? Herr v. R., der besondere Freund der Schule, hat der Stadt, die nach Aussage von Dernburg zum Bau verpflichtet ist, alle Mittel abgeschnitten, und so müssen denn unsere Kinder weiter in zu kleinen Räumen sitzen.

Was sagt doch der Artikel in Nr. 28 des Reichenbergorgans — als dessen Verfasser man nach Stil und Ausdrucksweise den Reg.-Rat Methner vermutet —